Schub für Windenergie – vom Winde verweht

geschrieben von Marita Noon | 15. Januar 2015

Am 6. Januar haben National Grid und Northeast Utilities, die beiden Energieunternehmen, die zugestimmt haben, den meisten von Cape Wind erzeugten Strom zu kaufen und zu verbrauchen, ihre Verträge mit den Entwicklern gekündigt wegen nicht eingehaltener Eckpunkte. Den Verträgen zufolge war Cape Wind verpflichtet, die Finanzierung sicherzustellen und den Verbrauchern bekannt zu geben, dass die Arbeit am 31.Dezember 2014 beginnt. Keins von beiden geschah, und beide Unternehmen beantragten, die Verträge bzgl. des Stromverbrauchs zu annullieren. **Amy Grace** zufolge, einer Analystin der Windindustrie bei Bloomberg New Energy Finance, befindet sich „das Projekt im Herzstillstand".

Cape Wind ist von Anfang an ein steifer Wind der Opposition entgegen geschlagen, seit das Projekt im Jahre 2001 zum ersten Mal ins Spiel gebracht wurde. Die Bemühungen von Senator **Edward Kennedy** und seiner wohlhabenden Freunde, Cape Wind auf den Weg zu bringen, waren die am meisten publizierten Dinge, aber eingeborene Amerikaner, Fischer und lokale Gemeinden haben ebenfalls gegen die Industrialisierung des Nantucket Sound mobil gemacht. Die Stadt Barnstable war in diesem Kampf besonders aktiv. Die *Cape Cod Times* berichtet, dass **Charles McLaughlin**, Assistenz-Bürgermeister von Barnstable gesagt hat: „Zu den Bedenken der Stadt gehört die Möglichkeit, dass eine Kollision zwischen einem Schiff und der riesigen elektrischen Serviceplattform, deren Bau das Projekt erfordert, zu einer Ölpest mit tausenden Gallonen Öl in den Sound führen könnte".
[Was im Nationalpark Wattenmeer an der deutschen Nordseeküste neben dem Schifffahrtsweg nach Hamburg natürlich völlig ausgeschlossen ist! Anm. d. Übers.]
Der Gouverneur von Massachusetts **Deval Patrick** (Demokraten) stellte Cape Wind in den Mittelpunkt seiner Ziele bzgl. erneuerbarer Energie und hat beträchtliches politisches Kapital investiert, um den Vorschlag zu stützen – einschließlich des NStar-Energievertrages zur Genehmigung der Zusammenlegung von NStar und Northeast Utilities (angesichts der unvorteilhaften Vertragsbedingungen haben die Unternehmen nach einem gesichtswahrenden Ausweg gesucht). Und doch hat **Ian Bowles** eingeräumt, dass das Ende des Vertrages zum Stromverbrauch „das Ende von Cape Wind" eingeläutet habe. Ian Bowles war der Erste Energie- und Umweltsekretär von Gouverneur Patrick.
Die Ankündigung kam zwei Tage, bevor Patrick aus dem Amt schied. Während er behauptet: „wir haben seitens der Regierung des US-Bundestaates alles getan, um sie über die vorgeschriebenen Linien zu bringen", räumt er jetzt ein, dass es „dem Markt überlassen" ist. Der *Cape Cod Times* zufolge weiß der ehemalige Gouverneur nicht, „ob das Projekt überleben kann ohne diese Verträge".

Selbst das Department of Energy DOE, welches wahllos Geld in jedwedes politisch genehmes Projekt grüner Energie zu werfen scheint, war in seiner Unterstützung für Cape Wind sehr zögerlich. Die Kreditbürgschaften des DOE erstrecken sich allgemein im Mittel über etwa 60% der Kosten, aber die Cape Wind angebotenen 150 Millionen Dollar machten bloße 6% der Kosten aus – und auch das kam erst, nachdem das Projekt Verpflichtungen für die Hälfte der Finanzierung erhalten hatte. In den meisten Fällen kommt die Garantie der Regierung und Signale an die Investoren ‚weitermachen!'vor der privaten Finanzierung.
Während sowohl Unterstützer als auch Kritiker glauben, dass das Projekt auf der Kippe steht, haben Umweltaktivisten und Cape Wind Associates LLC noch nicht die Weiße Flagge geschwenkt. **Kit Kennedy** zufolge, Direktor des Energy and Transportaion Program am National Resources Defense Council, „kann Cape Wind unten liegen, ist aber noch nicht vom Tisch". Der *Boston Globe* berichtet, dass der Präsident von Cape Wind **James Gordon** glaubt, dass der endlose Prozess „zu einer Klausel in den Verträgen geführt hat, die Cape Wind mehr Spielraum verleiht, die Fristen einzuhalten". Nachdem jedoch das Unternehmen bereits 50 bis 70 Millionen Dollar in das Projekt gesteckt hatte, signalisierte die Tatsache, dass Gordon den Versorgern nicht die bloßen 2 Millionen Dollar gezahlt hat, die diese für eine Verlängerung um sechs Monate benötigten, dass er kein Vertrauen mehr in das Projekt habe.

Außerdem hat der politische Wind seine Richtung geändert. Während sich Gouverneur Patrick für Cape Wind eingesetzt hat, sagt man vom neuen Gouverneur von Massachusetts **Charlie Baker** (Republikaner), dass er standhaft gegen das Projekt ist – und es sogar Patricks „persönliches Haustier" sei. Während seiner Wahlkampagne „ließ Baker seine Opposition gegen Cape Wind fallen", weil er glaubte, dass es ein „vollendeter Vertrag" sei. Jetzt, da der Vertrag sehr gut nie zustande kommen könnte, sagt Baker: „Ich werde nicht versuchen, das Ergebnis des legalen Prozesses um Cape Wind zu beeinflussen".
Die Annullierung des Vertrags ist ein „nahezu tödlicher Stoß" gegen Cape Wind, jedenfalls der Präsidentin der Alliance to Protect Nantucket Sound **Audra Parker** zufolge, einer in Cape Cod ansässigen Gruppe, die den Kampf gegen Cape Wind angeführt hat.

Die Zukunft der Windenergie steht auch über Massachusetts hinaus vor Problemen

Während die Versorgungsunternehmen in Massachusetts beantragten, Strom-Verkaufsabkommen zu annullieren, haben sich zwei Windparks in Minnesota, die sich als die Minwind Companies zusammen geschlossen haben, für bankrott erklärt, weil die 11 Turbinen umfangreicher Reparaturarbeiten bedurften und sich die 360 Farmer und Landbesitzer, die in das Projekt investiert hatten, die Kosten nicht leisten können. Minwind-Direktor **Mark Willers** erklärte: „Minwind Companies haben während der letzten Jahre eine relative Blütezeit erlebt, aber der Eissturm im April vorigen Jahres hat von der Ausrüstung seinen Zoll gefordert – ebenso wie vom Budget". Auf einer Versammlung am 17. Dezember sagte er den Aktionären: „Die Kosten für diese Reparaturen würden 200 bis 300% unseres Budgets

ausmachen“.
Die neun separaten Unternehmen mit beschränkter Haftung von Minwind erlaubten den Investoren, die öffentlichen Windenergie-Darlehen (USDA-Zuwendungen) sowie die Zuwendungen des jetzt stillgelegten State Assistence Program zu nutzen. Der *Star Tribune* berichtet: „Die Eigentümer sind dabei, ihre Investitionen abzuschreiben, und die Windparks müssen wahrscheinlich geschlossen werden“.
Auf nationaler Ebene hat die American Wind Energy Association (AWEA) weiterhin Lobbyarbeit zugunsten einer Verlängerung der Production Tax Credit (PTC) für Windenergie geleistet, die Ende 2013 ausgelaufen war. Zur Enttäuschung der AWEA hat der Kongress einer neunten Verlängerung zwar zugestimmt – aber gerade mal bis Ende 2014. AWEA-Direktor **Tim Kiernan** nörgelte: „Unglücklicherweise wird die Verlängerung bis lediglich Ende 2014 nur minimal neue Wind-Entwicklungen gestatten und wird bei Antritt des neuen Kongresses erneut ausgelaufen sein“. Als Antwort auf die „bloße Minimal-Verlängerung“ sagte **Luke Lewandowski**, Forschungsmanager bei Make Consulting: „Dies sät Zweifel auf den Willen oder die Fähigkeit des Kongresses, das PTC 2015 zu überarbeiten“.
Was die Schmerzen für den industriellen Windstrom weiter verstärkt: die Installation von Windturbinen steht auf der Liste der 10 zugrunde gehenden US-Industrien an dritter Stelle – nur noch die Computer- und die Medien-Aufzeichnungs-Industrie rangieren davor. All dies verheißt nichts Gutes für den Industriezweig Windenergie, wohl aber für Steuerpflichtige und jene, die an den freien Markt glauben und die der Ansicht sind, dass nicht die Regierung Gewinner und Verlierer bestimmen sollte. Regierungen, seien es die der US-Bundesstaaten oder die Zentralregierung, haben der Windenergie jeden möglichen Vorteil verschafft. Noch einmal Gouverneur Patrick: „Jetzt ist es Sache des Marktes“ – und selbst **Warren Buffet** räumt ein, dass Steuerbegünstigungen der einzige Grund sind, Windparks zu errichten [was in D natürlich genauso ist! Anm. d. Übers.]
Link: http://www.cfact.org/2015/01/12/wind-energys-bluster-peters-out/
Übersetzt von Chris Frey EIKE